

Ausgabe Februar / März 2010

pro+kontra

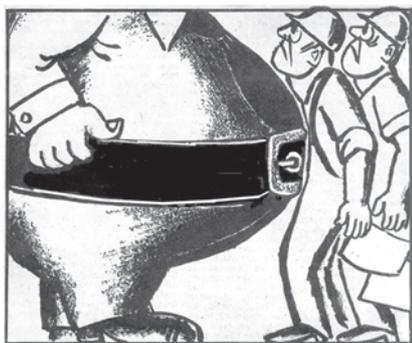
Stadtzeitung der DKP für Püttlingen

Üble Täuschungsmanöver in Berlin und Saarbrücken :

Merkel und Müller „regieren“ auf Pump, den Kommunen droht der Kollaps

Kürzlich konnte die schwarz/gelbe Koalition in Berlin auf die ersten 100 Tage ihrer Regierungszeit zurückblicken. Die Bilanz ist allerdings niederschmetternd. Trotz aller Täuschungsmanöver wird immer deutlicher, dass vor allem das einfache Volk von der Merkel-Regierung keine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen zu erwarten hat. Im Gegenteil.

Alles deutet darauf hin, dass große Belastungen auf die Werktätigen zukommen. So schrieb die SZ schon am 5.1.10: „Bürgern drohen höhere Gebühren“. Die Arbeitslosigkeit wird sich verschärfen. Vor allem die verrotteten Staatsfinanzen werden schwerwiegende Fol-



Wenn das Kapital dick und fett geworden ist, bleibt für Arbeitnehmer kaum noch was übrig.

Da gibt es nur eins: Abspecken bei den Reichen. Ran an die Vermögenssteuer, Schluss mit Steuergeschenken. Hohe Strafen für Steuerbetrüger, ein Thema, das gerade jetzt aktuell ist.

Insgesamt sollen etwa 100.000 Deutsche rund 23 Milliarden Euro auf Schweizer Konten versteckt haben. Das sind Geldquellen, die endlich erschlossen werden müssen. Die Finanzämter müssen unverzüglich mehr Steuerfahnder einsetzen, um den Betrügern das Handwerk zu legen.

gen haben. BDI-Präsident Keitel hat es so formuliert: „Das wird schmerzliche Einschnitte bedeuten... Wir werden eine Verteilungs- und Gerechtigkeitsdebatte zu führen haben, denn die Konsolidierung wird heilige Kühe zur Schlachtbank führen müssen“. Aber niemand sollte sich einem Irrglauben hingeben:

Heilige Kühe der Profitmacher sollen nicht geopfert werden

Die Banken und Konzerne bekommen weiterhin Millionen Steuergeschenke hinten reingeschoben, wie die Senkung der Mehrwertsteuer für die Hotelkonzerne bereits deutlich gemacht hat. Dafür können die Versicherten mit weiteren Zuzahlungen bei Gesundheit und Pflege rechnen.

In der Landespolitik sieht es nicht besser aus

Auch hier zeichnet sich ein weiterer Niedergang ab. Die Saarländer müssen sich auf das Schlimmste gefasst machen, weil die Jamaika-Koalition kein Konzept hat, wie sie aus dem krater tiefen Finanzloch herauskommen soll. Zumal sich die vorhergehende CDU-Regierung mit der Zustimmung zur Schuldenbremse selbst die Ketten angelegt hat.

Wo man auch hinguckt: In Berlin und Saarbrücken machen die Regierungen zwar auf gut Wetter, aber sie erweisen sich als unfähig, die anstehenden Probleme zu lösen. Soweit überhaupt etwas gemacht wird, geschieht es auf Pump, wodurch die Schuldenberge nur noch weiter anwachsen.

Am schlimmsten trifft es die Städte und Gemeinden, die inzwischen bereits Alarm geschlagen haben: „Den Kommunen droht der Kollaps“ betonte die Präsidentin des Deutschen Städte-



Beim diesjährigen Neujahrsempfang der Stadt Püttlingen war die DKP durch Edith Albert (Foto: mit Tochter) und Franz Hertel vertreten. Der Dritte im Bunde, Hans Schwindling, konnte wegen Krankheit nicht dabei sein.

tages, Petra Roth (CDU-Oberbürgermeisterin in Frankfurt). Sie verwies darauf, dass die deutschen Kommunen für 2010 ein Rekorddefizit von zwölf Milliarden Euro zu erwarten haben.

Was die saarländischen Städte und Gemeinden angeht, liegen diese mit ihrer Steuerkraft weit unter dem bundesdeutschen Durchschnitt.

Enorme Kassenkredite müssen aufgenommen werden

Das ist notwendig, um laufende Aufwendungen ausgleichen zu können (2008 = 80 Mio). Nunmehr haben die Saar-Kommunen einen Kassenkreditbestand von rd. 1,24 Mrd. Euro. Mit 1.196 Euro je Einwohner/in halten wir dadurch ganz oben die Spitze im Ländervergleich.

Wie Besorgnis erregend die Püttlinger Finanzlage ist, macht der städtische Haushalt deutlich, der Mitte Dezember gegen die Stimmen von DKP und Linken verabschiedet wurde. Die Bürger unserer Stadt sollten gewarnt sein, weitere Belastungen nicht untätig hinzunehmen. Es wird immer notwendiger, sich zu wehren, denn schon jetzt muss genug geblecht werden. Das Maß ist voll, nichts geht mehr.

Lesen Sie auf den Innenseiten:

Ein Riesenloch in der Stadtkasse

DKP geht auf Hintergründe der kommunalen Finanznot ein

DKP ging auf Hintergründe der Finanzmisere ein:

Ein Riesenloch in der Stadtkasse

Anfang 2010. Püttlingen ist mit einem „genehmigungsfähigen“ Haushaltsplan ins neue Jahr gestartet. Das war jedoch nicht selbstverständlich, denn „wichtige Eckdaten für den Haushaltsplan (konnten) nur geschätzt werden, weil konkrete Orientierungsdaten fehlen“, wie Franz Hertel während der Beratung am 16. Dezember kritisch feststellte. Die der Stadt Püttlingen in 2010 zufließenden Schlüsselzuweisungen werden auf 7,66 Mio. Euro geschätzt, falls sich das Land nicht erneut an den kommunalen Mitteln vergreift. Es gibt bereits Hinweise, wonach die Finanzausgleichs-Summe „deutlich unter 400 Millionen Euro“ (2009 noch 450 Mio.) liegen werde. Auch 2010 will die Regierung aus der kommunalen Finanzausgleichsmasse „einen größeren zweistelligen Millionenbetrag“ (SZ 12.12.09) zur Sanierung des Landeshaushaltes zweckentfremden, die Städte und Gemeinden erneut zur Ader lassen.

Püttlingen hat also das neue Jahr mit einem äußerst vagen Haushalt begonnen. Dass er dennoch „genehmigungsfähig“ ist, wie die Verwaltung sichtlich stolz verkündete, hängt damit zusammen, dass in allen Bereichen der Rotstift wütete und wichtige Aufgaben erst gar nicht in die Planung aufgenommen wurden. Der DKP-Fraktionsvorsitzende dazu wörtlich:

„Schon seit Jahren stolpern wir von Haushaltsloch zu Haushaltsloch. Sparen ist schon lange die Parole, das widerspiegelt sich auch in allen Bereichen der städtischen Haushaltspolitik.“

- So betreiben wir bereits seit geraumer Zeit eine **restriktive Personalpolitik**. Kontinuierlich wird am Personal gespart. Selbst die Ausweitung des geplanten Sicherheitsdienstes ist nur durch Umsetzungen im Rahmen des vorhandenen Stellenplanes möglich. Die heutigen Personalausgaben von etwa 4,46 Millionen Euro bewegen sich auf dem Niveau von vor 15 Jahren.

- Das von der Verwaltung vorgelegte **Investitionsprogramm** (rund 61.000 Euro bei einem Gesamthaushaltsvolumen von 28 Millionen in 2010!) ist völlig unzureichend und verdient eigentlich nicht seinen Namen. Es ist ein Armutszeichen und sichtbarer Ausdruck der kommunalen Notlage.

- Die eigentliche **Haushaltssatzung** offenbart das ganze Dilemma. So ist im Haushaltsjahr 2010 ein Fehlbetrag von knapp 5 Millionen Euro zu erwarten. Rund 40 Millionen Euro sind festgesetzt, um die Liquidität der städtischen Kasse zu sichern. Dafür sind 2010 allein 1,15 Mio. an Zinsen aufzubringen“.

Die SZ schreibt am 18.12.09 im Bericht über die Haushaltsberatung: „34 Millionen Euro fehlen“, denn soviel würden die Kassenkredite betragen, die im neuen doppischen Haushalt „in etwa das alte Gesamtdéfizit“ widerspiegeln. Geht man aber davon aus, dass der Höchstbetrag der Kassenkredite mit 40 Millionen Euro veranschlagt ist und in 2010

mit einem Jahresverlust von rd. 5 Millionen gerechnet wird, dann ist das mögliche Püttlinger Finanzloch mit etwa 40 Millionen Euro durchaus real.

Während die DKP-Fraktion den Stellenplänen für die Bediensteten der Stadt und des Eigenbetriebes, dem Wirtschaftsplan für den Wirtschaftsbetrieb Technische Dienste und dem Investitionsprogramm trotz der kritisierten Mängel zustimmte, wurde die Haushaltssatzung klar abgelehnt.

Dieser DKP-Entscheidung war eine kritische Betrachtung der derzeitigen Lage vorausgegangen. Dabei verwies Franz Hertel insbesondere auf die größte Finanz- und Wirtschaftskrise seit 1929, die ja immer noch nicht vorbei ist und deren Folgen in vollem Ausmaß kaum abzusehen sind.

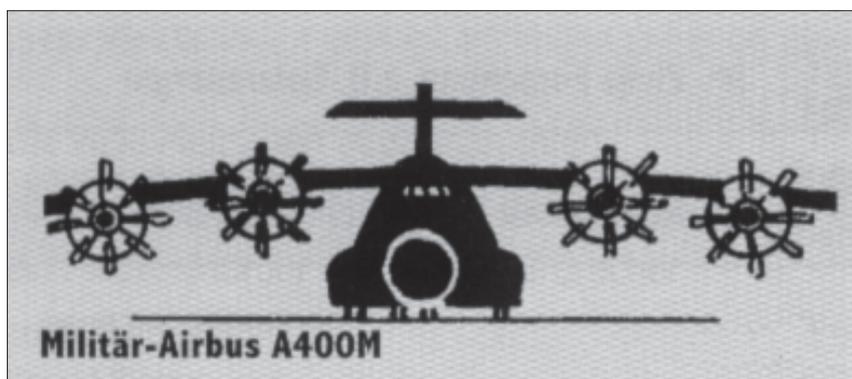
Hunderte von Milliarden Euro stellte die Bundesregierung als „Rettungsschirm für die notleidenden Banken“ zur Verfügung. Dafür musste sie Kredite in Milliardenhöhe aufnehmen. Der Schuldenberg erreicht dadurch noch nie dagewesene Höhen. In dieser Situation gibt es ernsthafte Warnungen vor einer noch höheren Verschuldung.

Grundfalsche Steuerpolitik

Die so genannten Wirtschaftsweisen haben die Steuerpolitik der Bundesregierung als „grundfalsch“ bezeichnet. Auch der Bundesrechnungshof hat erklärt, dass es für zusätzliche Steuersenkungen „derzeit finanzwirtschaftlich keinen Spielraum gibt“. Selbst die regierungsfreundliche Saarbrücker Zeitung räumt ein: „Bereits jetzt engen 1,6 Billionen Euro Staatsschulden die Handlungsspielräume der öffentlichen Hände und vor allem der künftigen Generationen massiv ein“ (SZ 4.12.09).

Gerade jetzt, wo Zurückhaltung bei den staatlichen Schulden geboten wäre, will die Schwarz/Gelbe Koalition in Berlin mit dem „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ partout weitere Steuererleichterungen verteilen und damit dem Drängen von Westerwelle/FDP nachgeben. Die Masse der Rentner und die Kleinverdiener haben davon nichts zu erwarten. Aber Nachteile für die Bundesländer und Kommunen sind ausgemachte Sache. So werden die Steuerausfälle für das Saarland auf rund 40 Millionen Euro geschätzt.

Vor allem die Kommunen, deren Lage ohnehin desolat ist, werden unter den



Am 12.12.2009 berichtete die SZ, dass der Airbus-Militärtransporter A400M nach jahrelanger Verzögerung „erfolgreich seinen ersten Testflug absolviert“ habe. Die A400M sei das „mit Abstand größte europäische Rüstungsprogramm aller Zeiten“. 60 dieser Flugzeuge will die Bundeswehr in Dienst stellen, ursprünglich geplant mit 155 Millionen Euro pro Stück. Inzwischen heißt es, das Projekt werde „37 Prozent teurer als geplant“. Es geht also um mehr als 13 Milliarden Euro. Genug Geld, um kommunale Finanzprobleme lösen zu helfen.



Anfang Dezember wurde mit dem „Bergbauweg“ der dritte historische Wanderweg in Püttlingen eröffnet. Treffpunkt dazu (Foto) war das Mundloch des Viktoriastollens in der Grubenstraße, in dessen unmittelbarer Umgebung schrittweise ein Bergbau-Freilichtmuseum entsteht. Dank der Bemühungen des Bergmanns- und Unterstützungsvereins St. Barbara in Köllerbach sind bedeutende Anfänge dieser Anlage schon jetzt zu besichtigen.

Fortsetzung von Seite 2

Steuerausfällen zu leiden haben. Ausnahmsweise kann man einmal dem SPD-Chef Gabriel recht geben, der dieser Tage sagte: „Wir haben kein Geld für Schulen, kein Geld für Kindergärten, kein Geld für Universitäten, aber wir machen hier Steuergeschenke, die völlig sinnlos sind und die auch kein Wachstum schaffen“.

Nicht nur Berlin, auch die Saarbrücker Jamaika-Koalition geht großzügig mit nicht vorhandenen Mitteln um.

Für neue Minister und Staatssekretäre war plötzlich Geld da. 32 Neueinstellungen in der saarländischen Ministerialbürokratie wurden möglich gemacht, dafür wird bei Polizei und Finanzämtern gespart. Man muss staunen, dass die Regierung im eigenen Bereich die Gelder wie mit dem Füllhorn ausstreut, aber bei den Kommunen künftig noch stärker sparen will.

Der Deutsche Städte- und Gemeindetag erwartete für 2009 bundesweit ein Minus von 2,8 Milliarden Euro. Das soll

sich in 2010 und 2011 sprunghaft auf jährlich 12 Milliarden Euro erhöhen. Durch wie auch immer geartete Konsolidierungsprogramme, Einsparmaßnahmen, Gebühren- und Abgabenerhöhungen sowie Streichung kommunaler Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger, durch noch so verschärften kommunalen Sozialabbau ist dieser Misere nicht zu entinnen.

Unlängst hat Oberbürgermeister Klaus Lorig (Völklingen), als Vorsitzender des saarländischen Städte- und Gemeindetages, einen „Rettungsschirm für die Kommunen“ gefordert. Er erklärte: „Die kommunalen Finanzen sind im freien Fall (...) Wir brauchen ein Hilfsprogramm“ (SZ vom 28.11.09). Das ist zweifellos richtig. Denn im Grund genommen ist auch die Stadt Püttlingen am Ende ihres Lateins. Da gibt es kaum noch etwas zu sparen, es sei denn, man setzt auch die letzten „freiwilligen Leistungen“ aufs Spiel und macht unsere örtlichen Vereine und Einrichtungen langsam aber sicher kaputt.

Es ist also an der Zeit, sich gegen die Finanznot unserer Stadt zu wehren. Deswegen ist die DKP dafür, Proteste und Widerstand gegen die „von oben“ verursachte Rotstift- und Sparpolitik zu entwickeln. Leider keine Resonanz bei den anderen Parteien.



Streiflichter des kommunalen Geschehens

Kurz und knapp

Eine Latte von Erhöhungen stand in der Stadtratssitzung vom 16. Dezember zur Entscheidung: Abwassergebühr, Elternbeiträge für die städtischen Kindergärten, Eintrittsgelder fürs Hallenbad und Friedhofsgebühren. „Nicht nur das Leben, auch das Sterben wird in Püttlingen teuer“, resümierte Stadtratsmitglied Hans Schwindling und erläuterte die Ablehnung der DKP-Fraktion: Diese Verteuerungen sind weder zeitgemäß noch begründet, weil sie der notwendigen Konjunkturbelebung zuwiderlaufen und vor allem die Kaufkraft der geringer Verdienenden weiter schwächen.



*

Schon im Kindergarten muss Bildung beginnen, dort werden bereits die Weichen für das zukünftige Wissen gestellt, erklärte Edith Albert für die DKP und wies die geplante Erhöhung der Elternbeiträge zurück: „In Schweden zahlen die Eltern keine Kindergartenbeiträge, in Frankreich oder England werden lediglich 4 Prozent der Ausgaben umgelegt. Es wird Zeit, auch bei uns umzudenken. Es darf zu keinen weiteren Belastungen für Familien mit Kindern kommen, denn eine Erhöhung bedeutet alles andere als eine familienfreundliche Politik.“



*

Die SPD-Fraktion kritisierte den Etat für 2010 und war dafür, künftig „noch sparsamer“ vorzugehen. Ob sie mit ihrem Appell zu mehr Sparsamkeit und der Zustimmung zur Haushaltssatzung demonstrieren wollte, dass sie in Püttlingen „regierungsfähig“ ist und ob die Wähler das honorieren werden?

pro+kontra

Herausgeber: Stadtorganisation d. DKP in Püttlingen · Verantw. f. d. Inhalt: Franz Hertel, Weiherbergstr. 51 · Eigendruck

Zum aktuellen Tarifikampf im Öffentlichen Dienst:

Beschäftigte nicht für Fehlleistungen der Politik bestrafen!

Warnstreiks, Demonstrationen und Kundgebungen sind derzeit aktuell. So war es auch kein Zufall, dass am 5. Februar nahezu 2000 Gewerkschafter durch Völklingen demonstrierten und an der Kundgebung vor dem Neuen Rathaus teilnahmen.

Unter den Demonstranten befand sich auch das Püttlinger Stadtratsmitglied Franz Hertel (Foto). Er ist Vorsitzender der ver.di-Senioren der Region Völklingen-Warndt-Köllertal. Zusammen mit weiteren Kollegen bekundete er auf seinem Trageschild die Solidarität der Senioren: „Wir unterstützen die Aktiven in ihrem berechtigten Kampf“.

Die Gewerkschaften im Öffentlichen Dienst haben das Volumen ihrer Forderungen auf fünf Prozent beziffert. Nicht gerade üppig, wenn man überlegt, dass es dabei ja nicht nur um Lohnerhöhungen geht. Dennoch haben die „Arbeitgeber“ auch in der zweiten Verhandlungsrunde auf stur geschaltet. Angeb-

lich sei die gewerkschaftliche Forderung nicht bezahlbar. Das ist natürlich Quatsch. Zu Recht sagte ver.di-Gewerkschaftssekretär Alfred Staudt:

„Wenn die Bundesregierung den Banken in der Finanzkrise, die nicht von den öffentlich Bediensteten verursacht ist, Milliarden zur Verfügung stellt, dann ist doch eine ordentliche Entlohnung, die an die allgemeine Einkommensentwicklung anknüpft, bei Bund und Kommunen nur recht und billig“.

Dem kann man voll zustimmen. Auch die Beschäftigten der Stadt Püttlingen dürfen nicht für die politischen Fehlleistungen von Bundes- und Landesregierung bestraft werden. Lohnverzicht würde die Schuldenlast der Stadt kaum geringer werden lassen.

Asien-Kenner Peter Scholl-Latour:

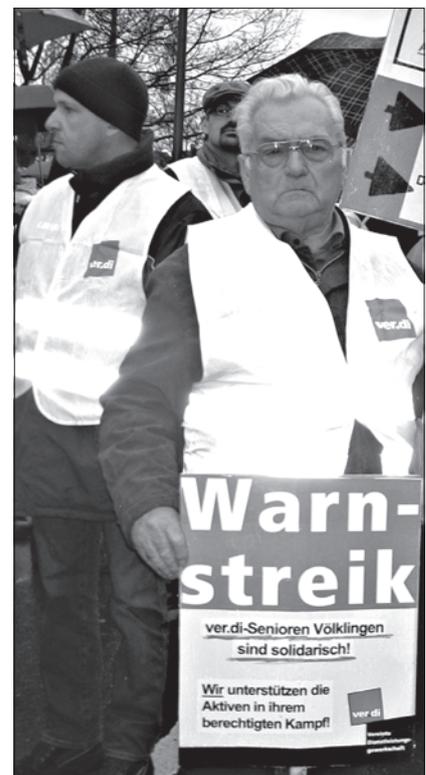
Deutschland nicht dazu berufen, der übrigen Welt zu zeigen, wo es langgeht!

Auch nach acht Jahren Bundeswehreinsatz in Afghanistan herrschen Gewalt und Chaos am Hindukusch. Und immer mehr Menschen fragen: Was haben wir dort noch verloren? - „Das frage ich seit acht Jahren“, sagt dazu Dr. Peter Scholl-Latour, ein Profunder Asien-Kenner, in „TV Hören und Sehen“ (Ausgabe Nr. 6/2010).



Seine Meinung: Wir sind am falschen Platz eingesetzt. Erstens, weil der Krieg nicht zu gewinnen ist, und zweitens, weil die Begründung, der „Kampf gegen den Terror“, dort völliger Unsinn ist, denn wesentliche Al-Qaida-Kräfte seien nur außerhalb von Afghanistan zu suchen.

Scholl-Latour räumt auch mit dem von CDU/CSU, FDP, Grünen und SPD benutzten Argument auf, Deutschland müsse dort seiner Verantwortung gerecht werden. Auf die Frage, ob der Staat Afghanistan überhaupt noch zu retten ist, antwortet er: „Das ist doch nicht unser Problem! Da könnten wir



gleich rund um die Welt gehen, da ist noch sehr viel mehr zu retten. Wir müssen endlich mal begreifen, dass wir weder in der Lage noch dazu berufen sind, der übrigen Welt zu zeigen, wo es langgeht.“

So ist das! Nicht schon wieder versuchen, die Welt am deutschen Wesen genesen zu lassen. Es muss endlich Schluss gemacht werden mit der Unterstützung von Kriegseinsätzen in aller Welt. Es muss aufhören mit dem Mord an wehrlosen Frauen und Kindern, wie das z.B. im Herbst beim Luftangriff auf zwei Tanklastzüge bei Kundus der Fall war.

Deshalb gilt mehr denn je die Forderung, alle Nato-Truppen unverzüglich aus Afghanistan abzuziehen, Deutschland sollte jetzt den Anfang machen. Nicht zuletzt sind dafür auch finanzielle Gründe maßgebend.

Die Aufstockung des deutschen Kontingentes um 850 auf 5.350 Soldaten verursacht wesentlich höhere Kosten. Es ist die Rede davon, dass Deutschland für den NATO-Einsatz mindestens 80 Millionen Euro zusätzlich aufbringen soll. Geld, das für soziale Aufgaben im Land fehlen wird.

Hoffen auf was Besseres

Das Kapital ist ja so dankbar. Wenn ihm geholfen wird, zeigt es sich immer sehr großzügig. Man denke nur an die Senkung der Mehrwertsteuer für Hotelbetriebe. Kaum beschlossen, da floss schon eine liebliche Million als Spende für die FDP. Oder man erinnere sich an den dankbaren Ostermann. Der hat noch nie jemanden hängen lassen. Meiser, Hoffmann, Ulrich und etliche andere können ein Lied davon singen.

Warum sollte nicht auch Manfred Baldauf hoffen dürfen, dass ihm mal was Gutes widerfährt? Schon lange möchte der wackere Kämpfer sein bescheidenes Salär aus juristischer Tätigkeit aufbessern. Aber das hat meist nicht geklappt: Stadtverbandspräsident - Fehlanzeige, Bundestagsabgeordneter - Fehlanzeige, Staatssekretär in der Jamaika-Regierung - Fehlanzeige. Und das alles, obwohl er immer treu und brav das FDP-Klientel bedient und der Obrigkeit nie auf die Füße getreten hat.

Jetzt winkt ein neues Ziel: Datenschutzbeauftragter (mit 6.500 Euro brutto). Das wäre was. Aber schon gibt es Probleme. Ob er am Ende doch noch bei Pro Seniore um Hilfe anstehen muss?